

Die Südafrikanische Union und die Schweiz

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **58 (1964)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Südafrikanische Union und die Schweiz

Ein Artikel, betitelt: «*Eindrücke eines Schweizers in Südafrika*» («NZZ», 21. IV. 1964, Nr. 1760) bedarf, seiner ganzen Tendenz und einiger Sonderaspekte wegen, eines Kommentars. Der Verfasser, Hans Lang, wirbt eindeutig um Verständnis für die Verwoerd-Regierung und sucht die Angriffe auf sie aus englischen Quellen, ja selbst die «Information über kirchliche Kanäle» als nicht objektiv hinzustellen, weil deren Gewährsleute die Regierungspraxis der Union so darstellen, wie sie sie vor ihren Augen oder am eigenen Leibe erfahren haben. Gleich wird den Gegnern des heutigen Südafrikanischen Staatswesens auch noch unterschoben, sie sprächen von Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde, während ihnen *vielmehr daran liege, die ungeheuren Reichtümer des Landes in die Hand zu bekommen*, eine Unterschiebung die besonders grotesk wirkt, wenn man an das opferreiche Leben und an den Kampf eines *Father Huddleston* und *Michael Scott* und vieler Führer der afrikanischen Freiheitsbewegung denkt.

Man versteht, wo der Verfasser der «Eindrücke» hinaus will, wenn man sich überlegt, was (nach seinen eigenen Worten) fremdes Kapital und kühl rechnende Schweizer so unwiderstehlich anzieht: «... die Chancen der Niederlassung und der Kapitalinvestition in einem Lande, wo innert kurzer Zeit hohe Gewinne erzielt werden können, wo das Auslandkapital dank einer betont liberalen Wirtschaftsordnung und einer einwandfrei arbeitenden Verwaltung (1) Vorzüge genießt, wie in wenigen Staaten sonst auf der Welt, wo dem Tüchtigen und Unternehmungslustigen überaus erfreuliche Aufstiegsmöglichkeiten und die Aussicht auf einen hohen Lebensstandard in einem wohlhabenden klimatisch begünstigten, prosperierenden Milieu winken.» (Auszeichnungen von uns.)

Noch ein Hinweis dürfte dazu dienen, die Absicht des Verfassers der «Eindrücke» aufzuhellen. «Die Nutznießer der heutigen Ordnung — in Südafrika selbst wie in den westlichen Industriestaaten — neigen begreiflicherweise zur Diskretion, was die Gewinne aus den südafrikanischen Investitionen anbelangt. Dabei wäre wohl *mancher Schweizer erstaunt zu erfahren, wie weit in unserem Land der Kreis derer ist, die auch ohne den Besitz entsprechender Aktien indirekt vom Anteil der Schweiz am südafrikanischen Wirtschaftsleben profitieren.*»

Das heißt doch mit anderen Worten: Wer in solchem Umfange aus den Zuständen in Südafrika Gewinn zieht, soll zunächst einmal den Mund halten, oder, wenn er durchaus davon sprechen muß, nur in ganz unverbindlichen und vagen Redensarten über das was dort geschieht, sich ergehen. Er könnte sich etwa Papst Pius XII. in seinen Reden über die Zustände im dritten Reich zum Vorbild nehmen. Der seine «Eindrücke» verwertende Berichterstatter der «NZZ» spricht von «*einer nichtweißen Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas, die heute einer nicht zu bestreitenden, fremdbestimmten Herrschaftsord-*

nung unterworfen ist». Wie kühl und distanziert das tönt. Aber zu schildern, was hinter dieser «fremdbestimmten Herrschaftsordnung» an Brutalität und Sadismus steckt, dies darzulegen ergäbe nach Hans Lang ein «Zerrbild der Wirklichkeit».

«Ziele der Entwicklung»

Der «NZZ»-Berichterstatter spricht, unter anderem, von «Zielen der Entwicklung» für Südafrika. «Es geht mit den Augen des Schweizers gesehen in Südafrika darum, auf weite Sicht einen gesunden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Aufbau in Frieden und Freiheit zu verwirklichen.» Er spricht von einer gesellschaftlichen Ordnung, «die den Tüchtigen ohne Rücksicht auf die Hautfarbe freie Entfaltungsmöglichkeiten gewährleistet», usw. Der Verfasser sieht selbst ein, daß seine Ausführungen «einerseits leicht phrasenhaft und andererseits fast banal und selbstverständlich tönen». Jedenfalls haben Ziele, wie sie Hans Lang hier entwirft, mit der heutigen Wirklichkeit und mit den Absichten der Verwoerd-Regierung rein nichts zu tun. Nicht einmal die «United Party», die sogenannte Opposition, weiße Abgeordnete, meist britischer Herkunft, im südafrikanischen Parlament, stellen solche Forderungen. Die Ziele der gegenwärtigen Regierung selbst sind ausgesprochen rückschrittlich, gehen darauf aus, die Herrschaft der weißen Minderheit für alle Zeiten, wie sie glaubt, zu festigen. Den Zielen der Regierung dient die Verunmöglichung jeder höheren Bildung für Nichtweiße — die Zerstörung also gerade jener kulturellen Aufbauarbeit, an die auch Schweizer Missionare und Kirchen beigetragen haben.

Die Buren, für die wir um so viel Verständnis gebeten werden, feierten 1951 das Jubiläum ihrer 300jährigen Präsenz in Südafrika. Sie haben herzlich wenig für die Bildung der Schwarzen getan — was sie nicht hindert, über die «schrankenlose Herrschaft der Mehrheit über die verschiedenen Minderheiten — die Herrschaft der Schwarzen über die Inder, Mischlinge und Weißen — besonders über *die Herrschaft der ungebildeten primitiven Massen über die bisherige kleine Führungsschicht, der das Land so viel verdankt*», loszuziehen.

Spürt der Verfasser der «Eindrücke» wirklich nicht, in welche Widersprüche er mit seinen «Zielen der Entwicklung» gerät. Er spricht von einer «Verantwortung derjenigen Schweizer, die direkt am Aufbau Südafrikas teilnehmen». Dieser Aufbau, diese Investition ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und finanziellen Mittel oder «ihr Einfluß auf die Lenkung der internationalen Kapitalströme» zugunsten Südafrikas setzt doch voraus, daß, ganz in Übereinstimmung mit den Zielen der Regierung Verwoerd die Nichtweißen noch lange Jahre als entsetzlich ausgenützte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Daran glauben in der Welt nicht mehr viele Leute, nicht einmal Hans Lang, sollte man annehmen.

Die Idealentwicklung eines «Abbaus der Herrschaft einer andersartigen Mehrheit», eine pluralistische Gesellschaft also, schlagen die besten und moralisch hochstehenden Führer der Schwarzen zum Teil seit Beginn dieses Jahrhunderts vor, ein *Luthuli*, Träger des Friedens-Nobelpreises, ein *Nelson Mandela*, der jetzt in Gefahr steht, zum Tode verurteilt zu werden und viele andere.

Natürlich taucht im Zusammenhang mit dem Freiheitskampf der Schwarzen auch die Behauptung auf, der *African National Congress* sei kommunistisch, wie ja übrigens jede von der Verwoerd-Regierung nicht gebilligte Meinung als kommunistisch gebrandmarkt wird. Man muß zu diesem Punkt die Verteidigungsrede Nelson Mandelas hören (*Observer*, 26. April 1964).

Ein Vertreter der Afrikaner sagt aus

Mandela ist einer der Führer des *African National Congress*, und stand wegen Sabotage vor Gericht. Er erklärte dort unter anderem: «Eine weitere Beschuldigung, die der Staat gegen uns erhebt, ist, daß die Ziele des *African National Congress*, mit denen der Kommunistischen Partei identisch seien. Dies ist eine falsche Behauptung. Der *African Congress* steht ein für Freiheit für uns Schwarze und Erfüllung unserer Bestimmung in unserem eigenen Lande.

Wir haben mit den Kommunisten schon eng zusammengearbeitet. Doch Zusammenarbeit beweist nur, daß wir beide die Herrschaft der Weißen los werden wollen. Theoretische Differenzen zwischen uns, die wir gemeinsam gegen Unterdrückung kämpfen, können wir uns nicht leisten. Seit Jahrzehnten waren übrigens die Kommunisten die einzige politische Gruppe in Südafrika, die bereit war, Afrikaner als menschliche Wesen und als Ihresgleichen zu behandeln, die einzigen, die bereit waren, mit uns zu essen und zu trinken, mit uns zu plaudern, mit uns zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Sie allein waren gewillt, mit uns Afrikanern für politische Rechte und einen anständigen Platz in der menschlichen Gesellschaft zu kämpfen. Es gibt darum heute Afrikaner, die geneigt sind, Freiheit mit Kommunismus gleichzusetzen!

Was meine eigene Einstellung betrifft, habe ich schon erklärt, daß ich nicht Kommunist bin. Ich bin in erster Linie afrikanischer Patriot. Ich bin allerdings von marxistischen Gedankengängen beeinflußt worden, aber dasselbe gilt auch für so unterschiedliche Persönlichkeiten wie Gandhi, Nehru, Nkrumah und Nasser, die alle diesen Einfluß zugeben. Das heißt aber nicht, daß wir Marxisten sind. Die grundlegende Aufgabe in diesem Moment ist die Abschaffung der Rassen-diskriminierung und die Erzielung demokratischer Rechte auf der Basis der *Freiheits-Charta*. Ich habe den Eindruck, daß die Kommunisten das parlamentarische System des Westens als undemokratisch und reaktionär betrachten. Im Gegensatz zu ihnen bewundere ich dieses System. Ich empfinde eine Hochachtung für die politischen Einrich-

tungen Großbritanniens. Für mich ist das englische Parlament die demokratischste Einrichtung der Welt und die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des britischen Rechtswesens erregen immer meine Bewunderung.»

Für den Verfasser der «Eindrücke» sind Leute wie Mandela nicht vertrauenswürdig. Vertrauen verdient jedoch eine Regierung, deren Mitglieder, zum Teil offen, mit Hitler sympathisierten.

Nein, man muß zu den Ereignissen in Südafrika wirklich Stellung nehmen. Man «dürfe Südafrika nicht in die Isolierung treiben», schreibt Hans Lang. Diese Regierung ist schon längst isoliert, in den Vereinten Nationen, beim Internationalen Arbeitsamt, bei den internationalen Gewerkschaftsverbänden westlicher und östlicher Observanz. Kontakte mit dem Westen machen sie kein Jota geneigter für mahnende Stimmen von außen. Was anders als der Sturz dieser Regierung ist als Vorbedingung für eine Entwicklung, wie sie Hans Lang andeutet, denkbar. Gehalten wird sie hauptsächlich noch von den USA und Großbritannien, aus strategischen Gründen im letzteren Fall und als guter Abnehmer für amerikanisches Öl im ersteren. Dieser letzt-erwähnte Umstand deutet auch den besten Weg an, die südafrikanische Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Bei einer Eigenproduktion an Öl von nicht mehr als 7 Prozent müßte ein Oembargo dieses Ziel in kürzester Zeit erreichen.

Statt Südafrika als ein Eldorado für Investoren und Karriere-macher zu schildern, hätte Hans Lang im Interesse unseres Landes wie Südafrikas besser gesagt: An diesen Gewinnen klebt Blut. Hände weg von einem Land, dessen Reichtum und Glanz auf solch schreiendem Unrecht beruhen. Wozu versuchen, den Nutznießern dieser Prosperität über dem Vulkan ein gutes Gewissen zu schaffen, indem man zwar zugibt, daß in Südafrika eine «fremdbestimmte Herrschaftsordnung» besteht, im übrigen aber von ungenügender Information über die dortigen Bedingungen lafert? Wenn den Nutznießern der heutigen Ordnung die Stimme des Herzens nicht den Ausschlag geben darf, so sollte selbst der «kühle Verstand des wirtschaftlichen Rechners» erkennen, daß die Abrechnung auch hier nicht ausbleiben kann und daß sie furchtbar sein wird.

Red.

WELTRUNDSCHAU

Wohinaus will Amerika? Im Gegensatz zu dem vorjährigen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien über die Einstellung aller Kernwaffenversuche außer den unterirdischen ist um die jüngste Vereinbarung zwischen Moskau und Washington über die *Herab-*